

Politikerinnen im Gegenwind

Autor(en): **Verein Aktiver Staatsbürgerinnen**

Objektyp: **Preface**

Zeitschrift: **Die Staatsbürgerin : Zeitschrift für politische Frauenbestrebungen**

Band (Jahr): **56 (2000)**

Heft 4

PDF erstellt am: **13.09.2024**

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.

Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.

Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

POLITIKERINNEN IM GEGENWIND

Das Jahr 2000 klingt in Sachen Frauenpolitik ziemlich unfreundlich aus. Nachdem 1999 erstmals der Frauenanteil in der Vereinigten Bundesversammlung zurückging, wählten dieses Jahr Stimmbürgerinnen und Stimmbürger prominente Persönlichkeiten aus ihren Exekutivämtern ab. In jedem Fall liegen die Gründe etwas anders, aber eine Konstante zieht sich durch die verschiedenen Vorfälle: "Fehler" duldet das Stimmvolk bei Männern mit mehr Nachsicht als bei Frauen.

Es kann nicht an der Parteizugehörigkeit liegen. In St. Gallen musste eine Vertreterin der CVP über die Klinge springen, in Basel war es eine SP- und im Kanton Aargau eine FDP-Frau. Von der Art des Politisierens her waren die drei Regierungsrätinnen grundverschieden, jedoch geben selbst politische Gegner zu, dass es fachlich keine Leichtgewichte waren. Besonders perfid nimmt sich der Vorwurf gegen die Aargauer Regierungsrätin St. Mörikofer aus: Sie habe sich zu sehr auf ihre Arbeit konzentriert, zu wenig Netzwerke geknüpft. Dabei hatte sie als Finanzdirektorin nur jene Politik konsequent vertreten, die von Parlament und Regierung definiert worden war,

Es bleibt wieder einmal ein bitteres Fazit: Frauen werden nicht nur weniger häufig gewählt, es wird ihnen anschliessend ein engerer Spielraum gewährt. Ohne in unverschämte Polemik abzugleiten, darf man festhalten: Die zurückbleibenden Männer entsprechen durchaus schweizerischem Durchschnitt und sind nicht ausnahmslos politische Glanzlichter; es wäre im übrigen unfair, dies von ihnen zu verlangen, schliesslich lebt die Demokratie davon, dass auch Mittelmässige ihre Chancen wahrnehmen können und das Recht auf Irrtum haben – nur wer nichts tut, macht keine Fehler...

In der Öffentlichkeit müssen Frauen weiterhin besser als Männer sein. Wenn sie sich täuschen oder eine Politik betreiben, die aneckt, werden sie mit Liebeszug bestraft. An diesem Punkt müssten Frauen aus allen Parteien zusammenstehen, doch damit steht es zur Zeit im Argen. Die unerfreulichen Vorfälle zeigen zumindest, dass es überparteiliche Organisationen wie die unsere noch braucht. In diesem Sinne wünscht Ihnen, liebe Leserin, der VAST einen glücklichen Start ins neue Jahr.

VEREIN AKTIVER STAATSBÜRGERINNEN

